

Bestellungen
 nehmen an alle Buchhandlungen und Buch-
 druckereien des In- u. Auslandes.

Billal-Expositionen.
 New-York: Soc. Democ. Genossenschaftsbücherei, 154 E. 42nd St.
 Philadelphia: E. G. Sch. 400 North
 3rd Street.
 J. Hill, 1129 Charlotte St.
 Hoboken: H. W. George.
 Chicago: H. R. Lamm, 74 Clybourn Ave.
 San Francisco: H. G. G. 418 O'Farrell
 Street.
 London: Babb, 5 Nassau Street,
 Middlesex Hospital.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 49.

Freitag, 27. April.

1877.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für Monat Mai u. Juni zu M. 1. 10. werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Fürberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südbtr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für **Flörsdorf**, **Reudnitz**, **Neuschönefeld** etc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** etc. bei Hader, Kurze Str. 10 part., für **Aleinschöcher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirchner, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Bschau, 151, für **Flagwitz-Lindenuh** bei Frau Gräfenstein, Aureliustr. 3, für **Gohlis** etc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Das Arbeiterschutzgesetz im Reichstag.

Von kleinlichen Mäkeleien abgesehen, wurden gegen den Entwurf der sozialistischen Abgeordneten eigentlich nur drei Einwendungen erhoben.

Er habe einen polizeilichen Charakter, bringe die Polizei überall hin, meinte der Abgeordnete Vasker, der seit anderthalb Jahrzehnten Jahrens Jahrens dem Polizeistaat lustig die Steuern bewilligt, und jeden Angriff auf besagten Polizeistaat — der je nach Bedarf „Preußen“ oder „Deutsches Reich“ heißt — als unpatriotisch denunziert. Es ist wahr, der Entwurf stellt Industrie und Gewerbe unter strenge Kontrolle — und daß in dem Entwurf das Wort Polizei nicht ausgesprochen ist, ändert nichts an der Sache. Aber ist denn eine Kontrolle an sich deshalb zu verurteilen, weil die Polizei in Deutschland keinen guten Namen hat? Wie man das Ding nennt, ist sehr gleichgültig. Best steht, daß ohne Polizei Staat und Gesellschaft nicht bestehen können; wenn die Polizei bei uns in Mißkredit ist, so liegt dies darin, daß die Polizei ihrem einzigen berechtigten Zweck: für die Sicherheit und Wohlfahrt des Volkes zu sorgen (Sicherheitspolizei, Gesundheitspolizei) ganz oder theilweise abwendig gemacht, und in ein Werkzeug der politischen Bevormundung verwandelt worden ist. In London giebt es verhältnismäßig mehr Polizeidiener (Constabular) als in Berlin, und doch ist die Polizei in London ebenso gern gesehen, wie in Berlin ungerne. Grund: in London ist die Polizei fast ausschließlich Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei, welche sich im Ganzen wohl hütet, ihre Nase in Dinge zu stecken, welche dem Beruf der Polizei eigentlich fern liegen.

Was man den Entwurf betrifft, so wird die Kontrolle, welche er heischt, in die Hände von Beamten gelegt, die entweder (Gewerbegerichte und Gewerbebeamten) aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangen, oder (Fabrikinspektoren) von einer Behörde (Gesundheitsamt) gewählt sind, die absolut keinen politischen Charakter hat, und der das Bestreben, das Fabrikinspektoral zu einer politischen Polizei zu machen, einfach nicht zuzutrauen ist. Und dann ist ja bekannt, daß gerade die Berufs-kasse, welche im Reichsgesundheitsamt vertreten ist, durchschnittlich sich durch politische Unabhängigkeit und durch Humanität, wahre werthtätige Menschenliebe sich auszeichnet. Ueberdies hat der Entwurf Sorge getragen, die Fabrikinspektoren ökonomisch so zu stellen, daß sie nicht nach Gunst oder Ungunst der herrschenden Personen und Klassen zu fragen haben.

Ein anderer Vorwurf ist: das Arbeiterschutzgesetz sei partiell — es berücksichtige einseitig die Interessen der Arbeiter — kümmerge sich aber nicht um die der Arbeitgeber, und fände gerade das sozialistische Prinzip: Gleiches Recht für Alle. Der Vorwurf entbehrt aller und jeder Begründung; die Wahlen zu den Gewerbebeamten und Gerichten sind für Arbeiter und Arbeitgeber vollkommen gleich, und bei sämtlichen die Arbeiter und Arbeitgeber betreffenden Bestimmungen ist in penibelster Weise darauf gesehen worden, für beide Klassen absolute Gleichheit der Rechte und Pflichten herzustellen. Wer das Gegenteil behauptet, hat unseren Entwurf nicht gelesen, oder die Ungerechtigkeit des heutigen Klassenstaats ist ihm so zur andern Natur geworden, daß er es unwillkürlich als eine Ungerechtigkeit gegen den Arbeitgeber betrachtet, wenn diesem keine Vorrechte vor dem Arbeiter eingeräumt werden.

Nicht minder hinfällig ist der dritte Einwurf: wir hätten nicht genügend zwischen Fabriken und Werkstätten, zwischen Großindustrie und Kleingewerbe unterschieden. Die Verfasser des Arbeiterschutzgesetzes wollten eine solche Unterscheidung nicht. Der Fehler der englischen Fabrikgesetzgebung besteht gerade darin, daß sie zwischen Fabriken und Werkstätten, und zwischen den verschiedenen Fabrikationszweigen unterscheidet. Jetzt ist man bemüht, diesen Mangel durch Consolidation, Verschmelzung und Vervollständigung der verschiedenen Fabrikgesetzgebung einzigermaßen abzuheben. Unsere Abgeordneten durften die dort begangenen Fehler nicht nachmachen, sondern hatten sie zu vermeiden. Und das haben sie gethan. Was die Gleichstellung von Fabriken und Werkstätten angeht, so ist zu bemerken, daß die Hauptübel, gegen welche das Arbeiterschutzgesetz sich richtet — schlechte Behandlung, ungesunde Arbeitsräume, Ueberarbeitung, Sonntagarbeit u. s. w. — der Werkstättenarbeit gerade so gut anhaften wie der Fabrikarbeit. Man würde sogar gern auch die Hausindustrie direkt in den Bereich des Gesetzes gezogen haben, allein es erwies sich als unthunlich, weil eine Kontrolle

der Hausindustrie einen zu kolossalen Ueberwachungsapparat erfordern würde.

Noch Eins. Von mehreren Rednern der Gegenpartei, ja selbst von dem Hrn. Präsidenten des Reichstanzleramtes wurde bemerkt, die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten durch Einbringung des Arbeiterschutzgesetzes sozusagen mit ihrer Vergangenheit gebrochen und sich auf den Boden des, bisher von ihnen verhorreszirten (verworfenen) Parlamentarismus begeben. Ein wunderlicher Irrthum das — ein Irrthum, der wieder einmal die trasse Unwissenheit unserer Gegner in Bezug auf Wesen und Geschichte der Sozialdemokratie verräth. Schon im ersten (norddeutschen) Reichstag haben unsere Vertreter sich durch selbstständige Anträge an der Gesetzgebung betheiligt, und namentlich war dies der Fall bei Verabreichung der Gewerbeordnung zu der das Arbeiterschutzgesetz eine Novelle (neu eingefügte gesetzliche Bestimmungen) bildet. Wir haben also in diesem Jahr nur fortgesetzt, was vor 9 Jahren von uns begonnen wurde. Wenn das Schutzgesetz umfangreicher ist als die bisherigen Anträge und Amendements der sozialistischen Abgeordneten, so liegt das in der Massenhaftigkeit des Stoffes und dem großen Umfang des Gebietes, welches der Entwurf zu umfassen hatte.

Wir sind und bleiben was wir waren. Unwandelbar im Prinzip, das letzte Ziel nie aus den Augen verlierend, werden wir im Reichstag, wie außerhalb des Reichstags für jede Maßregel im Interesse des arbeitenden Volkes eintreten, und geeigneten Falls die Initiative ergreifen. Das ist nicht nur nicht im Widerspruch mit unserem Parteiprogramm, nein, es ist ausdrücklich in demselben vorgeschrieben. Und hätten die Herren, die mit erkaunten Gesichtern unser gesetzgeberisches Vorgehen als etwas sunfeltnagelneues bezeichneten, sich die Mühe genommen, unser Parteiprogramm zu lesen, so würden sie gefunden haben, daß das Arbeiterschutzgesetz eigentlich nur die in den Bereich der Gewerbeordnung fallenden Punkte des letzten Theils unseres Parteiprogramms formulirt und präcisirt hat. Sie hätten sich dann dieses klassische Zeugniß ihrer politischen Ignoranz und Unreife erspart. Wir sagen mit Bedacht: Unreife; die soziale Frage ist die Frage der Gegenwart, um sie drehen sich alle übrigen Fragen, und wer von der sozialen Frage und den Bestrebungen, sie zu lösen, in erster Linie der sozialistischen Bewegung, nichts weiß, dem muß das Ehrenrecht der politischen Mündigkeit aberkannt werden.

Genug; auf dem Boden des Gesetzes und der Gesetzgebung werden wir nach wie vor den durch unser Parteiprogramm vorgezeichneten Weg wandeln. Wer mitgeht, ist uns als Freund willkommen; wer uns entgegentritt, ist uns als Feind willkommen — wir werden stets am Posten sein.

Der Kampf um die materiellen Interessen.

besonders dann, wenn es sich darum handelt, welche Species der Besitzenden den Löwenantheil an dem sogenannten National-Reichtum davon tragen soll, entsefelt in losbarer Weise die Jungen der betreffenden Streiter und sie plaudern in der Hitze des Gefechts Dinge heraus, die sie aus politischen Klugheits-betrachtungen jahrelang verschwiegen haben. Im dem Kampfe der Schutzöllner und Freihändler, der am Sonnabend und Montag in dem deutschen Reichstagsgebäude tobte, sind allerlei „Geheimnisse“ zu Tage gekommen, die man eine „zu späte Erkenntniß“ nennen möchte, wenn man nicht wüßte, daß die betreffenden Herren Reichsboten nicht zur Erkenntniß kommen wollten.

Es standen die Vertreter der Großindustrie und der Reaktion, soweit die letztere nicht den Grundbesitz vertritt, den Vertretern des Liberalismus, der Handelswelt und der Reaktion, soweit sie den Grundbesitz vertritt, entgegen — also Großindustrie auf der einen, Handel und Grundbesitz auf der andern Seite. Es handelte sich nämlich um eine Ausgleichsabgabe, die besonders Frankreich gegenüber auf Eisen erhoben werden soll, da Frankreich sich nicht entschließen kann, jetzt schon dem Freihandel Thür und Thor völlig zu öffnen.

Der Abgeordnete Löwe (Schutzöllner) nannte den Bescheid der französischen Regierung, den dieselbe auf eine Anfrage deutschseits erteilt habe, „hohnvoll“, und gebedrte sich derartig schauwimmsch, daß er von dem vorsichtigen Minister Camphausen abgelächelt werden mußte, der ihm einen „kalten Wasserstrahl“ zusandte, indem er die französische Antwort als nicht hohnvoll bezeichnete. Doch dies nur nebenbei.

Wir wollen jetzt einige Aeußerungen von Schutzöllnerischer und von freihändlerischer Seite hervorheben, die unsere oben angeführte Ansicht bestätigen werden.

Reiben wir zunächst bei dem Schutzöllnerischen Abgeordneten Dr. Löwe (Calbe); derselbe sagte wörtlich:

„Wir leiden jetzt an dem Rückschlag der großen wirtschaftlichen Opfer, die ein Krieg und die unser ganzes Militärsystem gerade in den niederen Klassen mit sich bringt. Dieser Vermögensverlust und die daraus resultirende Consumtions-unfähigkeit ist die wesentliche Grundlage zu der Katastrophe.“

Bravo! Das hätte auch ebenso gut ein Sozialist sagen können, und das hat einer unserer Vertreter bei der Militärgesetzdebatte 1874 in ähnlicher Weise gesagt. Nur ist noch zu berücksichtigen, daß als ein weiterer Hauptgrund der „Milliardenlegen“ und die Ueberproduktion hinzukommt.

Aber wie steht denn sonst dieser selbe Abgeordnete Dr. Löwe, weiland Demokrat, zu dem Militärsystem, welches mithilft, die große Noth gerade unter den niederen Klassen zu erzeugen?

Antwort: Der Abgeordnete Löwe hat für die siebenjährige Dauer der ungeheuren Präsenzstärke des deutschen Heeres, er hat ferner für das Landsturmgesetz gestimmt — daraus erhellt man, was obige Phrase bei einer Zolldebatte im Reichstags für Werth hat.

Greifen wir nun einen Freihändler, den nationalliberalen Professor und Sozialistenfresser Dr. Treitschke heraus. Derselbe sagte auf eine Bemerkung des Finanzministers Camphausen folgendes:

„Leid thut es mir aufrichtig, daß unsere neuen Landsleute in Elsaß-Lothringen unter dem gegenwärtigen Zustande allerdings besonders leiden. Das ist der relativ beste Entschuldigungsgrund, den man für das Verfahren des Herrn Ministers Camphausen gelten lassen kann. Es ist nur menschlich, daß man die Verhältnisse dieser neuen Provinzen so sehr als möglich zu berücksichtigen sucht. Aber, fragen Sie, meine Herren, werden diese Verhältnisse sich ernstlich bessern, so muß ich leider mit Nein antworten. Der eigentliche Grund der wirtschaftlichen Uebel dort liegt in einer Thatfache, die ich bei aller treuen Freundschaft für die Elsaß-Lothringer in keiner Weise aus der Welt schaffen möchte, in der Eroberung des Landes. Durch die Annexion, durch die Eroberung sind unzählige alte Handelsverbindungen zerrissen, ist das Land gezwungen worden, sich einen neuen Markt zu suchen. Die ungeheuren Schwierigkeiten dieses Uebergangszustandes können und wollen wir nicht beseitigen, wir müßten denn das Land an Frankreich zurückgeben und davon kann keine Rede sein.“

Was war das für ein Jubel unter den „Patrioten“ Deutschlands, als die Annexion von Elsaß-Lothringen vollzogen wurde! Treitschke voran verkündigten diese Herren das Glück Deutschlands, sie verkündigten das Heil von Elsaß-Lothringen, welches der bösen Stiefmutter abgenommen und der echten Mutter zurückgegeben wurde, in hundertstimmigem Freudengeschrei — und jetzt? Treitschke selbst sagt, daß das wirtschaftliche Elend in Elsaß-Lothringen, daß die Noth im Volke hauptsächlich durch die Annexion entstanden sei.

Ein wahrhaft niederschmetterndes Geständniß! Völkerglück steht dem Ruhme nach, welcher durch die Noth um einzelne Häupter gewunden wird! O, Treitschke, hättest du geschwiegen.

Doch Treitschke schwieg nicht, sondern er hat noch mehr ausgeplaudert:

„Wie sehen wir heute, meine Herren, wohin ist die alte schöne Eintracht gekommen, die nach den Siegen des letzten Krieges die große Mehrheit unseres Volkes belebte? Es ist ja kein Wunder und ich klage es nicht an, daß ja die Stimmung jener großen Tage längst der Werttagstimmung Platz gemacht hat, das aber habe ich nicht erwartet, daß sobald wieder in dem befreiten und gereinigten Deutschland lebendig werden würde der Krieg Aller gegen Alle, der unser Unglück war Jahrhunderte hindurch. Hätten Sie sich davor, das zerrissene Deutschland auch noch mit dem entseffelten Kampf selbstjüchtiger Interessen unglücklich zu machen.“

Dies nationalliberale Gejammer, daß alle Prophezeiungen vom wieder auferstandenen deutschen Reich in's Wasser gefallen sind, daß die Eintracht zum Teufel ist, daß wir ein zerrissenes Deutschland haben — dies Gejammer, von einer ihrer Koryphäen vorgetragen, klingt gar ergötzlich. Wo ist der starke Held, der mit seiner gewaltigen Hand das Einheitsband um die deutschen Völker geschmiedet hat, wo ist der größte Staatsmann plötzlich geblieben? Weshalb wird das Weidwandschiff nicht mehr geschwungen von den Treitschke'schen Händen?

Ann? Weil der Interessenkampf die Junge gelöst hat! Hätte das Interesse der Hintermänner des Herrn Treitschke es erfordert, so hätte der geehrte Volksvertreter von einem einigen und nicht von einem zerrissenen Deutschland gesprochen.

Aber bezeichnend ist es, daß die Anarchie unter den „Reichsfreunden“ schon derartig zu Tage tritt, daß einzelne derselben sich nicht scheuen, von der Tribüne des Reichstags schänder Interressen halber „die Herrlichkeit des deutschen Reiches“ fortzudiskutiren.

So haben wir in den vorgeführten Reichstagsplaudereien zweier parlamentarischen Größen ein Spiegelbild der Zustände deutschen Reiches — Elend und Zerrissenheit trotz aller pomp-haften Phrasen von deutscher Größe und Macht.

Möge das Volk selbst erwachen, möge es auf dem Wege der Freiheit und des Rechtes erst jene Phrasen zur Wahrheit machen!

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

XII.

„Der erste und wichtigste Satz über die logischen Grund-eigenschaften des Seins bezieht sich auf den Ausschluß des Widerspruchs. Das Widersprechende ist eine Kategorie, die nur der Gedankencombination, aber keiner Wirklichkeit angehören kann. In den Dingen sind keine Widersprüche, oder, mit andern Worten, der real gesetzte Widerspruch ist selbst der Gipfelpunkt des Widersinns. . . . Der Antagonismus von Kräften, die sich in entgegengesetzter Richtung an einander messen, ist sogar die Grundform aller Aktionen im Dasein der Welt und ihrer Wesen. Dieser Widerstreit der Kräfterichtungen der Elemente und der Individuen fällt aber nicht im Entferntesten mit dem Gedanken von Widerspruchsabsurditäten zusammen. . . . Hier können wir zurüden sein, die Rebel, die aus vermeintlichen Mysterien der Logik aufzuweigen pflegen, durch ein klares Bild von der wirklichen Absurdität des realen Widerspruchs aufgelöst, und die Nutzlosigkeit des Weidwandschiffes dargehan zu haben, welche man für die der antagonistischen Weltchemie untergeschobene und recht plump geschnitzte Holzgruppe von Widerspruchsdiabolik hier und da verschwendet hat.“ — Dies ist so ziemlich Alles, was in dem Cursus der Philosophie über Dialektik gesagt wird. In

der kritischen Geschichte dagegen wird die Widerspruchsdialektik, und mit ihr namentlich Hegel, ganz anders mitgenommen. „Das Widersprechende ist nämlich nach der Hegel'schen Logik oder vielmehr Logoslehre nicht etwa in dem seiner Natur oder nicht anders als subjektiv und bewußt vorzustellenden Denken, sondern in den Dingen und Vorgängen selbst objektiv vorhanden und sozusagen leibhaftig anzutreffen, so daß der Widerspruch nicht eine unmögliche Combination des Gedankens bleibt, sondern eine thatsächliche Macht wird. Die Wirklichkeit des Abwiders ist der erste Glaubensartikel der Hegel'schen Einheit von Logik und Logik. . . . Je widersprechender, desto wahrer, oder mit andern Worten, je absurder, desto glaublicher, diese nicht einmal neu erfundene, sondern der Offenbarungstheologie und der Mystik entlehnte Maxime ist der nackte Ausdruck des sogenannten dialektischen Prinzipiums.“

Der Gedankeninhalt der beiden angeführten Stellen faßt sich in dem Satz zusammen, daß Widerspruch = Widerspruch ist, und daher in der wirklichen Welt nicht vorkommen kann. Dieser Satz mag für Leute von sonst ziemlich gesundem Menschenverstand dieselbe selbstverständliche Geltung haben wie der, daß gerade nicht krumm, und krumm nicht gerade sein kann. Aber die Differentialrechnung zeigt, ungeachtet aller Proteste des gesunden Menschenverstandes, Gerade und Krumm unter gewissen Umständen dennoch gleich, und erreicht damit Erfolge, die der auf den Widerspruch der Identität von Gerade und Krumm sich stützende gesunde Menschenverstand nie fertig bringt. Und nach der bedeutenden Rolle, die die sogenannte Widerspruchsdialektik in der Philosophie von den ältesten Griechen an bis jetzt gespielt hat, wäre selbst ein stärkerer Gegner als Herr Dühring verpflichtet gewesen, ihr mit andern Argumenten entgegen zu treten, als mit einer Behauptung und vielen Schimpfwörtern.

Solange wir die Dinge als ruhende und leblose, jedes für sich, neben und nacheinander, betrachten, stoßen wir allerdings auf keine Widersprüche an ihnen. Wir finden da gewisse Eigenschaften, die theils gemeinsam, theils verschieden, ja einander widersprechend, aber in diesem Fall auf verschiedene Dinge vertheilt sind und also keinen Widerspruch in sich enthalten. Soweit dies Gebiet der Betrachtung ausreicht, soweit kommen wir auch mit der gewöhnlichen metaphysischen Denkweise aus. Aber ganz anders, sobald wir die Dinge in ihrer Bewegung, ihrer Veränderung, ihrem Leben, in ihrer wechselseitigen Einwirkung auf einander betrachten. Da gerathen wir sofort in Widersprüche. Die Bewegung selbst ist ein Widerspruch; sogar schon die einfache mechanische Ortsbewegung kann sich nur dadurch vollziehen, daß ein Körper in einem und demselben Zeitmoment an einem Ort und zugleich an einem andern Ort, an einem und demselben Ort und nicht an ihm ist. Und die fortwährende Schöpfung und gleichzeitige Lösung dieses Widerspruchs ist eben die Bewegung.

Hier haben wir also einen Widerspruch, der „in den Dingen und Vorgängen selbst objektiv vorhanden und sozusagen leibhaftig anzutreffen ist“. Und was sagt Herr Dühring dazu? Er behauptet, es gebe überhaupt bis jetzt „in der rationalen Mechanik keine Brücke zwischen dem streng Statistischen und dem Dynamischen“. Der Leser merkt jetzt endlich, was hinter dieser Lieblingsphrase des Herrn Dühring steckt; weiter nichts als die: daß der metaphysisch denkende Verstand kann absolut nicht von Gedanken der Ruhe zu dem der Bewegung kommen, weil ihm hier obiger Widerspruch den Weg versperrt. Für ihn ist die Bewegung, weil ein Widerspruch, rein undogrefisch. Und indem er die Undogreflichkeit der Bewegung behauptet, giebt er selbst die Existenz dieses Widerspruchs wider Willen zu, giebt also zu, daß es einen in den Dingen und Vorgängen selbst objektiv vorhandenen Widerspruch giebt, der zudem eine thatsächliche Macht ist.

Wenn schon die einfache mechanische Ortsbewegung einen Widerspruch in sich enthält, so noch mehr die höheren Bewegungsformen der Materie und ganz besonders das organische Leben und seine Entwicklung. Wir haben schon oben, daß das Leben gerade vor Allem darin besteht, daß ein Wesen in jedem Augenblick dasselbe und doch ein Anderes ist. Das Leben ist also ebenfalls ein in den Dingen und Vorgängen selbst vorhandener, sich stets schönder und lösender Widerspruch; und sobald der Widerspruch aufhört, hört auch das Leben auf, der Tod tritt ein. Ebenso haben wir, wie auch auf dem Gebiet des Denkens wir den Widersprüchen nicht entgehen können, und wie z. B. der Widerspruch zwischen dem innerlich unbegrenzten menschlichen Erkenntnisvermögen und seinem wirklichen Dasein in lauter äußerlich beschränkter und beschränkt erkennenden Menschen sich löst in der, für uns wenigstens praktisch endlosen Aufeinanderfolge der Geschlechter, im unendlichen Progreß.

Wir erwähnten schon, daß die höhere Mathematik den Widerspruch, daß Gerade und Krumm unter Umständen dasselbe sein sollen, zu einer ihrer Hauptgrundlagen hat. Sie bringt den

andern Widerspruch fertig, daß Linien, die sich vor unseren Augen schneiden, dennoch schon fünf bis sechs Centimeter von ihrem Schnittpunkt als parallel, als solche gelten sollen, die sich selbst bei unendlicher Verlängerung nicht schneiden können. Und dennoch bringt sie mit diesen und mit noch weit stärkeren Widersprüchen nicht nur richtige, sondern auch für die niedere Mathematik ganz unerreichbare Resultate zu Stande.

Aber auch schon in dieser letzteren wimmelt es von Widersprüchen. Es ist z. B. ein Widerspruch, daß eine Wurzel von A eine Potenz von A sein soll, und doch ist $A^{\frac{1}{2}} = \sqrt{A}$. Es ist ein Widerspruch, daß eine negative Größe das Quadrat von etwas sein soll, denn jede negative Größe, mit sich selbst multipliziert, gibt ein positives Quadrat. Die Quadratwurzel aus Minus Eins ist daher nicht nur ein Widerspruch, sondern sogar ein absurder Widerspruch, ein wirklicher Widerspruch. Und dennoch ist $\sqrt{-1}$ ein in vielen Fällen notwendiges Resultat richtiger mathematischer Operationen; ja, noch mehr, wo wäre die Rechenmathematik, niedere wie höhere, wenn ihr verboten würde, mit $\sqrt{-1}$ zu operiren!

Die Mathematik selbst betritt mit der Behandlung der veränderlichen Größen das dialektische Gebiet, und bezeichnender Weise ist es ein dialektischer Philosoph, Descartes, der diesen Fortschritt in sie eingeführt hat. Wie die Mathematik der veränderlichen sich zu der der unveränderlichen Größen verhält, so verhält sich überhaupt dialektisches Denken zu metaphysischem. Was durchaus nicht verhindert, daß die große Menge der Mathematiker die Dialektik nur auf mathematischem Gebiet anerkennt, und daß es genug unter ihnen giebt, die mit den auf dialektischem Weg gewonnenen Methoden ganz in der alten, beschränkten, metaphysischen Weise weiter operiren.

Auf Herrn Dühring's Antagonismus von Kräften und seine antagonistische Weltanschauung näher einzugehen, wäre nur dann möglich, wenn er uns etwas mehr über dies Thema gegeben hätte als — die bloße Phrase. Nachdem er diese fertig gebracht, wird uns dieser Antagonismus weder in der Weltanschauung noch in der Naturphilosophie ein einziges Mal wirkend vorgeführt — das beste Eingeständniß, daß Herr Dühring mit dieser „Grundform aller Aktionen im Dasein der Welt und ihrer Wesen“ absolut nichts Positives anzufangen weiß. Wenn man in der That Hegel's „Lehre vom Wesen“ bis auf die Platte von in der entgegengesetzten Richtung, aber nicht in Widersprüchen, sich bewegenden Kräften heruntergebracht hat, so thut man allerdings am besten, jeder Anwendung dieses Gemeinplatzes aus dem Wege zu gehn.

Den weiteren Inhaltspunkt für Herrn Dühring, um seinem antidialektischen Jorn Luft zu machen, bietet ihm Marx „Kapital“. „Mangel an natürlicher und verständlicher Logik, durch welchen sich die dialektisch-kranken Verwicklungen und Vorstellungsarabesken auszeichnen. . . schon auf den bereits vorhandenen Theil muß man das Prinzip anwenden, daß in einer gewissen Hinsicht und auch überhaupt (!) nach einem bekannten philosophischen Vorurtheil Alles in Jedem und Jedes in Allem zu suchen, und daß dieser Miß- und Mißvorstellung zufolge schließlich Alles Eins sei.“ Diese seine Einsicht in das bekannte philosophische Vorurtheil befähigt denn auch Herrn Dühring, mit Sicherheit voranzusetzen, was das „Ende“ des Marx'schen ökonomischen Philosophirens, also was der Inhalt der folgenden Bände des „Kapitals“ sein wird, genau sieben Zeilen nachdem er erklärt hat, es sei „jedoch wirklich nicht abzusehen, was, menschlich und deutsch geredet, eigentlich in den zwei (letzten) Bänden noch folgen soll.“

Es ist indeß nicht das erste Mal, daß die Schriften des Herrn Dühring sich uns erweisen als gehörig zu den „Dingen“, in denen „das Widersprechende objektiv vorhanden und sozusagen leibhaftig anzutreffen“ ist. Was ihn durchaus nicht hindert, siegreich fortzufahren: „Doch die gesunde Logik wird über ihre Karikatur voraussichtlich triumphiren. . . Das Bornehmthum und der dialektische Geheimnisthram werden Niemanden, der noch ein wenig gesundes Urtheil übrig hat, anreizen, sich mit den Unformlichkeiten der Gedanken und des Stils. . . einzulassen. Mit dem Absterben der letzten Reste der dialektischen Thorheiten wird dieses Mittel der Däpierung. . . seinen trügerischen Einfluß verlieren, und Niemand wird mehr glauben sich abquälen zu müssen, um dort hinter eine tiefe Weisheit zu kommen, wo der gesäuberte Kern der kranken Dinge im besten Fall die Hügel gewöhnlicher Theorien, wo nicht gar von Gemeinplätzen zeigt. . . Es ist ganz unmöglich, die (Marx'schen) Verwicklungen nach Maßgabe der Logoslehre wiederzugeben, ohne die gesunde Logik zu prostituiren.“ Marx's Methode bestehe darin, „dialektische Wunder für seine Gläubigen herzurichten“, und so weiter.

Wir haben es hier noch durchaus nicht mit der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der ökonomischen Resultate der Marx'schen Unternehmung zu thun, sondern nur mit der von Marx ange-

wandten dialektischen Methode. Soviel aber ist sicher: die meisten Leser des „Kapital“ werden erst jetzt durch Herrn Dühring erfahren haben, was sie eigentlich gelesen. Und unter ihnen auch Herr Dühring selbst, der im Jahre 1867 (Ergänzungsblätter III, Heft 3) noch im Stande war, eine für einen Denker seines Kalibers verhältnismäßig rationelle Inhaltsangabe des Buchs zu machen, ohne genöthigt zu sein, die Marx'schen Entwicklungen erst, wie es jetzt für unumgänglich erklärt wird, ins Dühring'sche zu übersezen. Wenn er schon damals den Schnitzer beging, die Marx'sche Dialektik mit der Hegel'schen zu identifiziren, so hatte er doch nicht ganz die Fähigkeit verloren, zwischen der Methode und den durch sie erlangten Resultaten zu unterscheiden, und zu begreifen, daß man die letzteren nicht im Besondern widerlegt, wenn man die erstere im Allgemeinen herunterreißt.

Die überraschendste Mittheilung des Herrn Dühring ist jedenfalls die, daß für den Marx'schen Standpunkt „schließlich Alles Eins ist“, daß für Marx also auch z. B. Kapitalisten und Lohnarbeiter, Feudale, kapitalistische und sozialistische Produktionsweise, „Alles Eins ist“, ja am Ende wohl gar auch Marx und Herr Dühring „Alles Eins“. Um die Möglichkeit solcher simplen Narrheit zu erklären, bleibt nur die Annahme, daß das bloße Wort Dialektik Herrn Dühring in einen Zustand von Unzurechnungsfähigkeit versetzt, in dem ihm, einer gewissen Miß- und Mißvorstellung zufolge, schließlich Alles Eins ist, was er sagt und thut.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Situation. Der Kaiser von Rußland ist bei der Hauptarmee in Kischenev eingetroffen und feuert die Truppen zu dem bevorstehenden Kampfe an. Derselbe hat auch ein Manifest an das russische Volk erlassen, in welchem er seine Hände in Unschuld wäscht und den Türken die Schuld an dem Kriege zuschiebt. Der russische Geschäftsträger hat am 23. April Konstantinopel verlassen. — Wenn unsere Leser dies Blatt erhalten, ist der Krieg wahrscheinlich offiziell erklärt.

— Die liberalen Zeitungen berichten, unter aßerhand boshaften Glossen, daß durch Frisike's Stimme das Bureau der Commission zur Vorberathung der Anträge zur Gewerbeordnung in die Hände der konservativen, bez. ultramontanen Fraktion gelangt sei. Dem liegt Folgendes zu Grunde: Die Mitglieder des Reichstags sind sieben Abtheilungen, von gleicher Mitgliederzahl zugeeilt. Wenn nun im Plenum beschloßen wird, eine Commission zu wählen, so wird die Wahl derselben den Abtheilungen überlassen, und damit das Gleichgewicht für alle Abtheilungen vorhanden sei, wird die Zahl der zu wählenden Commissionsmitglieder stets in einer solchen Höhe festgesetzt, daß sie durch sieben theilbar ist. Es scheint hiernach allerdings, als ob die Unparteilichkeit der Wahlhandlung völlig gesichert sei. Dem ist jedoch durchaus nicht so. Es besteht ein sogenannter Senatoren-Convent; derselbe ist zusammengesetzt aus Personen, die von den Fraktionen gewählt sind, welche durch ihre Mitgliederzahl eine Macht im Reichstage bilden, das sind die nationalliberale, die Centrums-, Fortschritts-, deutsche Reichs- und die deutsch-konservative Partei. Dieser Convent tritt sofort, wenn die Wahl beschloßen ist, zusammen und bestimmt, wie viele Mitglieder von jeder Fraktion und welche Mitglieder gewählt werden sollen. Mitglieder, die keiner dieser Fraktionen angehören, können darum nur zu einem Sitz in einer Commission gelangen, wenn eine der maßgebenden Fraktionen einen Sitz an sie abtritt. Bei der in Rede stehenden Commissionswahl war es die Centrumpartei, welche so anständig war, an Frisike einen Sitz abzutreten; dafür konnte sie nun aber auch verlangen, daß dieser seinen seine Stimme gab, die das Mitglied der Centrumpartei gewählt haben würden, dessen Stelle sie ihm übertragen. Hätte die nationalliberale Partei sowie Taggefühls befehlen, einen ihrer Sitze an die Sozialdemokraten abzutreten, so würde der Vertreter der Letzteren selbstverständlich bei der Vornehmheit im Sinne der Nationalliberalen seine Stimme abgegeben haben.

— Die „Frankf. Jtg.“, die — wie wir anerkennen — sich einer objektiven Beurtheilung der Sozialdemokratie und ihres öffentlichen Auftretens befleißigt, hat anlässlich der Besprechung der Beber'schen Rede im Reichstag in der Nr. 110 ihres Abendblattes einen Angriff auf Bebel gebrannt, den wir als unberechtigt, weil auf Mißverständnis der Bebel'schen Ausführungen beruhend, entschieden zurückweisen müssen.

Der Abg. Graf Galen hat bei Motivirung der Anträge des Centrums die Rückkehr zur „christlich-sozialen Weltordnung“, d. h. die Rückkehr zum Mittelalter empfohlen und jenes Zeitalter als das gepriesen, wo Handwerker und Arbeiter sich glücklich und zufrieden gefühlt.

daß die Ackerbau- und Industriebevölkerung in ihren Mitteln zum Leben nach und nach gleichgestellt werden.

Dritte Stufe des Fortschritts. Bebauung des Landes und Vertheilung der Wohnungen des Volks im communistischen Staat.

1. Die individuellen Pachtgüter werden aufgehoben und der Staat wird alleiniger Bebauer des Bodens.
2. Die nationale Landwirtschaft wird, was Größe der Felder, Anwendung von Maschinen und die Zahl der bei den verschiedenen Berrichtungen des Ackerbaus verwendeten Leute betrifft, in größtem Maßstabe betrieben.
3. Große Abtheilungen der Industrie-Bevölkerung der Städte werden periodisch aufs Land geschickt, um die Gewohnheit zu erwerben, sehr ausgedehnte landwirthschaftliche Operationen in kürzester Zeit zu verrichten.
4. Die ganze Bevölkerung des communistischen Staats wohnt in Muster-Wohnhäusern, in deren jedem eine große Anzahl Personen bequem untergebracht werden.
5. Die Industrie-Mittelklasse der Bevölkerung sind von solcher Größe, daß sie den leichtesten Verkehr zwischen Gewerbe, Manufaktur und Handel gestatten.

(Fortsetzung folgt.)

— Aus der besten Gesellschaft berichtet der „Mainzer Anzeiger“: Man fand eine Geschichte, die zugleich ihre warnende Seite hat, erzählt man sich aus einer Nachbarschaft, wie folgt: Ein boetiger großer Geschäftsmann und Vater von zwei Töchtern, deren glänzende Erscheinung ihnen schon viele Verehrer zuzog, erschien mit diesen Töchtern auf einem nur von angesehenster Gesellschaft besuchten Balls. Ein junger Mann, der ebenfalls auf dem Balls anwesend war, fixirte die eine der Schönen, die ebenfalls auf dem Balls anwesend war, fixirte die eine der Schönen schon eine geraume Zeit mit eigenthümlichen Blicken und suchte sich ihr zu nähern, was ihm denn auch während einer Pause gelang. Die Dame hatte den einen Handhuh abgetreift; der junge Mann trat auf sie zu und sagte plötzlich in enthusiastischer Tone: „Darf ich Sie um Aufklärung bitten, woher Sie diesen Ring haben?“ Die Angeredete erblickte und war nahe daran, ohnmächtig umzuknicken, eine Scene, die nicht geringes Aufsehen erregte und bald zu Erörterungen führte. Eine

Ein englisches Programm.

(Fortsetzung.)

Bestimmungen um Land- und Hauseigenthum zu nationalisiren.

Erste Stufe des Fortschritts. Forderungen der Gegenwart.

1. Das Gesetz der Primogenitur und Erbfolge ist abgeschafft.
2. Alles Land- und Hauseigenthum wird unter die Verwaltung des Staates gestellt.
3. Die jetzigen Grundeigenthümer werden expropriirt und erhalten eine billige Entschädigung, entweder durch Bezahlung seitens des Staates oder durch Kauf seitens der Pächter.
4. Die Pächter erhalten ein Recht, sich von den jetzigen Eigenthümern zu befreien, indem sie für eine Dauer von 25 Jahren Ablösungsrenten zahlen.
5. Solche Ablösungsrenten beginnen mit einem Abzug von einem Viertel von den gegenwärtig für Grund- und Hauseigenthum gezahlten Zinsen.
6. Pächter unter staatlicher Verwaltung zahlen an die Regierung eine Landsteuer, von 10 Proz. vom Werth der Produkte und für Häuser von 20 Proz. von allen an Unterpächter wieder vermieteten Wirtschaftsgebäuden.
7. Kein Pächter, sei es von Land- oder Hauseigenthum, darf mehr als eine Pacht erhalten.
8. Die Güter sollen von mäßigem und gleichmäßigem Umfang sein; das größte 100 Acres nicht überschreiten.
9. Große Häuser werden vom Staat in mehreren Abtheilungen vermiethet.
10. Das Untervermiethen und Unterabtheilen von Gütern des gewöhnlichen Umfangs ist verboten.
11. Die Dauer der Landpachtung wird zugesichert unter der Bedingung zufriedensstellender Bewirthschaftung.
12. Erlaubniß, Pachtrecht zu übertragen oder zu verkaufen, wird gewährt gegen Bezahlung einer mäßigen Uebertragungssteuer an die Regierung.
13. Im Falle des Todes des Inhabers hat die Wittve oder eins der Kinder des Verstorbenen das Vorrecht auf die Pacht.

14. Der Pächter muß das Haus, oder einen Theil desselben, persönlich bewohnen.

15. Alles Land- und Hauseigenthum unterliegt alle 10 Jahre einer Schätzung.

16. Alle sich darum bewerbenden Landarbeiter werden auf nationale Landgüter angesiedelt.

17. Alle anderen Landarbeiter, welche keine Lust haben, Güter vom Staat zu pachten, haben, wenn verheirathet, Anspruch auf ein nettes Hänschen mit 2 Acres Land.

18. Alle Personen, welche bisher theilweise auf den Gemeindegütern Landwirthschaft getrieben, haben Anspruch darauf, auf den nationalen Landgütern angesiedelt zu werden.

19. Arbeiter und Handelsleute in Städten und Dörfern haben den ersten Anspruch, Hausverwalter unter staatlicher Aufsicht zu werden.

20. Jeder verheirathete Arbeiter, dessen Wohnung oder Beschäftigung auf dem oder nahe am Lande ist, hat Anspruch auf einen Acre Land zu möglicher Bewirthschaftung.

21. Für die Unbeschäftigten werden freie Ackerbau-Colonien gegründet.

22. Die körperlich kräftigen Armen-Bevölkerung wird nach Ackerbau-Colonien übersiedelt.

23. Alles Oede- und Gemeindegelände wird unter staatliche Verwaltung gestellt.

24. Eine Reichs-, Land- und Eigenthums-Bank wird gegründet.

25. Durch Parlamentsakte wird den Edelleuten und Mitgliedern des Landadels, welche ihrem gegenwärtigen Besitzrecht freiwillig entsagen und ihr Land dem Staat zur Vertheilung übergeben, eine Geldentschädigung bezahlt.

26. Die Schlösser und Parks der großen Landbesitzer werden in öffentliche Erholungs- und Ruheorte umgewandelt; für die Erhaltung geschichtlicher Bauwerke und Denkmäler wird besondere Vorsorge getroffen.

Zweite Stufe des Fortschritts. Spätere Reformen.

Die Land- und Häuser-Abgabe erreicht eine solche Scala,

Einer solchen, nur in der Phantasie eines fanatischen Ultramontanen oder in der Romantik verrannten Konservativen möglichen Auffassung, die mit der geschichtlichen Wahrheit im tiefsten Widerspruch steht, hielt es Bebel für notwendig, den Abg. Grafen Galen zu fragen: in welcher Epoche der Vergangenheit jener angeblich so glückliche Zeitpunkt eigentlich vorhanden gewesen sei.

Aus diesem vollkommen berechtigten Zweifel liest die „Frankf. Ztg.“ heraus, Bebel habe die kirchlich-feudalistische Organisation des Gewerbetreibens im Mittelalter beitreten wollen — was Jedem selbstverständlich gar nicht in den Sinn kam — und wirft ihm auf diesen selbst erst künstlich erzeugten Unfuss hin „historischen Irrthum“ und damit nicht genug, auch „Unkenntnis der Geschichte“ vor.

Es hätte der „Frankf. Ztg.“ wohl angestanden, sich erst besser zu unterrichten, ehe sie mit unbegründeten Vorwürfen vorgeht.

— Durchgebrannt! Welch ein schadenfroher Jubel in dem liberalen Lager, als Pio und Geleff der dänischen Sozialdemokratie den Gefallen thaten, nach Amerika zu verschwinden! Da steht ihr die Herren Sozialdemokraten, was für nette Pfändlein in ihren Reichen gediehen und sogar zu Vertrauensstellungen gelangen können! Und nun? Wie aus Delfina gemeldet wird, sind drei Beamte der nach Schweden (Delischism) System begründeten Ramens Fiedler (64 Jahre alt), Steinbrunn (68 Jahre alt) und Eisele (60 Jahre alt), heimlich durchgegangen und haben die Baarbestände der Bank im Betrage von 450,000 Mark mitgenommen. Dieselben werden postbrieflich verfolgt. Soviel haben die Pio und Geleff jedenfalls nicht „exportirt“, aber fern sei es von uns, diesen Fall dem Selbsthülftum als solchen vorzuwerfen und es dafür verantwortlich zu machen. Diese sind eben solche — Menschen, wie jene es waren, wenn auch die Sozialdemokratie an jenen weniger verloren hat als der Schulze-Delischismus.

— Entlarvt. Die italienischen Verleumder, welche den Aufbruch, der in der Romagna ausgebrochen war, der Internationale in die Schänke schieben wollten, und denen zuerst der Einwurf entgegengehalten wurde, daß die aufgegriffenen Banden aus Raubgesindel bestanden hätten, sind nun noch besser hineingefallen. So lesen wir jetzt in einem gut unterrichteten Blatte: „Man hat den sich zu einzelnen Häufen sammelnden Verbündeten italienischen Landeskindern den Namen „internationalistische Banden“ beigelegt; man führt wohl heraus, daß es keine geringe Schmach für die gegenwärtigen Zustände der Gesellschaft und die Leiter derselben ist, daß ganze Schichten des Volkes aus Mangel an Erwerb zu Grunde gehen, und verweist hinter einer Bezeichnung, welche Verachtung und Abscheu erregen soll, diese Schmach. In Rom sieht man seit einigen Tagen Trupps von Gefangenen, welche offenbar dem Stande der Landarbeiter angehören, unter keinen Polizeistationen nach den Gefängnissen führen. Der gelassene Ausdruck dieser unglücklichen Leute zeigt, daß sie, in der Voraussetzung, in den Gefängnissen wenigstens des Leibes Nahrung, welche sie anderweitig nicht aufstreiben können, zu finden, gegen ihre Freiheitsentziehung nichts einzuwenden haben. Diese aber wissen vom Internationalismus und seinen Ideen absolut nichts; sie sind in unmittelbarer Nähe der Stadt, in Ponte Molle und Umgebung aufgegriffen; bei Einem will man Statuten eines römischen Sozialistenvereins gefunden haben. Günstig ein solcher Verein, was immerhin möglich wäre, so ist nicht anzunehmen, daß derselbe einem dieser überaus schlichten Leute, die kaum von etwas Anderem Kenntnis haben dürften, als von der Muttergottes und dem Magen, seine Geheimnisse anvertraut hätte.“

So wie in Italien den Herren, welche die Internationale für alles Schlechte verantwortlich machen, auf welche aber der Pfeil zurückliegt, so geht es auch in Deutschland den Verächtern der Vernunft und der Wahrheit, welche der Sozialdemokratie Mord- und andere Schandthaten aufzuhalsen versuchen.

— Russischer Fanatismus. Am 15. April traf die Mobilisierungsbefehle auch in dem russischen Grenzstädtchen Taurroggen ein. Die Truppen, und besonders die Kosaken, benahmen sich, als wenn sie von der Tarantel gestochen wären. Die preussische Grenze soll gänzlich von russischen Truppen entblößt werden — eine sehr bezeichnende Maßnahme. Der „Enthusiasmus“, gesteigert durch den Schnaps, den die schon ausgegebenen Kriegsrationen in größeren Portionen brachte, wurde besonders bei den Kosaken für die Einwohner sehr bedrohlich, die den Wunsch aussprachen, daß die vom Kriegstaumel Ergriffenen bald ausmarschieren möchten, da man sonst in russischen Norden selbst direkt etwas vom Türkenkriege verspüren möchte. Die russische Bevölkerung also ist bange vor den eigenen Soldaten — schone Zivilisation!

ältere „Dame“ hatte als erfahrene Gelegenheitsmacherin die beiden Schwestern dazu verlockt, heimliche Steuereinkünfte mit reichen jungen Leuten anzunehmen, mit deren Hilfe der Aufwand einer luxuriösen Toilette bestreiten werden konnte. Bei einer dieser Zusammenkünfte, die stattanden, während der aloglose Vater seine Tochter im Concert oder im Theater wahrte, geschah es, daß dem betreffenden jungen Manne der Ring entwendet wurde, der nun die ganze Geschichte aufdeckte.

— Die Redaktion des „Vorwärts“ erhielt folgende Zusendung:

Mit Bezug auf den wiederholt ausgesprochenen Wunsch des hiesigen Tagesblattes, welches eine Petition befragt über die Einführung der Prügelstrafe, empfehlen sich vielleicht folgende Reimlein:

Strafe muß sein (Leipziger Tagesblatt Nr. 110, 111).
O Mecklenburg, o Mecklenburg,
Bald bist du übertröfen,
Bei dir haut man die Leute durch,
Wir haben's noch zu hoffen. —
D'rum klein Paris, mein klein Paris,
Auf, auf! — Petitioniren —
Dir winkt das Glück, das ist gewiß,
Du mußt ja reußiren.
O Reichstag! Leipzig bittet d'rum,
Bereits und — Gottverdanzig —
Dem hochgeehrten Publikum
zu mandamal „sünfzundzwanzig“.

Eine eingehende Beleuchtung der angeregten Frage wäre wohl zu wünschen und auch der Verfasser dieses wäre gern geneigt, sein Scherflein dazu beizutragen. Leider ist derselbe aber nur in der Lage, gegen Fälschung des strengsten Redaktionsgeheimnisses und unter Bedingung der Vernichtung seiner Manuskripte mitzuarbeiten an dem Werte, welches ein „Vorwärts“ unserer heutigen sozialen Bestrebungen will.

Mit hochachtungsvollem
Ein Anonymus. Weil — er muß.“

Dem Einsender sagen wir im voraus Dank für seine „Scherflein“ und geben ihm das selbstverständliche Versprechen, das Redaktionsgeheimnis streng zu wahren. Deshalb ohne Furcht und immerzu mitgearbeitet an dem Erlösungswort der Menschheit.

— Seit Anfang dieses Monats erscheint in Berlin ein neues Arbeiterblatt: „Allgemeine Tapezierer-Zeitung“, Organ der Tapezierer und Fachgenossen. Das Blatt wird in der Allgemeinen Affiliations-Buchdruckerei in Berlin gedruckt, erscheint monatlich zweimal und kostet 50 Pf. pro Quartal.

n. Berlin, 23. April.

Seit Sonnabend tobt die „große Hölle“ in Berlin. Zur Beratung steht der Regierungsentwurf zur Erhebung einer Ausgleichsabgabe (auf Eisen- und Stahlwaren). Der Entwurf, welcher ein Compromiß zwischen Schutz Zoll und Freihandel ist, wurde in längeren Reden von den Ministern Achenbach und Camphausen befürwortet, von dem Reichstagspolitiker Richter und dem Nordpatrioten Treitschke auf's lebhafteste belächelt, weil damit die schiefe Ebene betreten sei, auf welcher man in den Abgrund des Schutzzolls rulle. (Herr Richter machte bei dieser Gelegenheit das interessante Geständnis, wenn der Reichstag sich zu einer reinen Interessenvertretung gestalte und das Feldgeschrei lauten sollte: Die Agrarier, die Großindustrielle, dann würde er — der edle Ritter Eugen — sich zu den Agrariern schlagen. Wenn die Agrarier anfangen, regierungsfähig zu werden, dann würde man, ein Finanzminister in spe, natürlich den Agrariern Ruchhändchen zuwerfen. Es geht nichts über's „Prinzipp“ — Gesetze zu machen!) Herr Löwe, der unter die Schutzzöllner gefasene Fortschritt-Hudel, griff die Regierungsvorlage vom entgegengesetzten Standpunkt aus an: es sei bloß ein Tropfen auf den heißen Stein des furchtbaren Nothstandes, der die Eisenindustrie beherrsche. Die Regierung sei um so mehr verpflichtet, diesen Industriezweig zu unterstützen, als sich derselbe in der Gründer- und Schwindelperiode von allen Gründerreien und Schwindelreien frei gehalten habe — eine lähne Behauptung. Nun, dem Mann, der jetzt öffentlich die Staatshilfe für die Kapitalisten fordert, nachdem er Jahre lang auf's heftigste die Staatshilfe für die Arbeiter belächelt, überhaupt jegliche Staatshilfe verworfen hatte, kann es allerdings nicht an Kühnheit fehlen. Erwähnt sei noch, daß die Herren Löwe und Treitschke, um ihren unschmackhaften Kohl zu weiten, ad libitum Franzosen abschlachteten und mitkofften (s. Veitartikel). Heute sprach zunächst der Conservative Wedell-Malchow, der als Agrarier gegen den Schutzzoll zu Gunsten der Großindustrie sprach. Dann eine dreiviertelstündige Rede Windthorst's (wichtig und verlausult für Schutzzoll) und eine anderthalbstündige Bamberger's (wichtig sein sollend und rüchhaltlos für Freihandel). Herr Bamberger warf der Regierung Inkonsequenz, ein Verlassen der bisher betretenen Bahn vor, und wurde dafür von den Herren Hofmann (Präsident des Reichslantagertums) und Camphausen ziemlich unfaust abgekanzelt. Herr Hofmann meinte, die Regierung habe nie eine andere wirtschaftliche Politik gehabt, als gegenwärtig, sie sei noch immer für den Freihandel, sie könne sich aber nicht thörichter Prinzipienreiterei schuldig machen. Herr Bamberger mag nun darüber nachdenken, wo die freihändlerische Prinzipienreiterei anfängt und wo sie aufhört. Ordentlich derb wurde Herr Camphausen, der auf einige Anspielungen Bamberger's auf den Rücktritt Delbrück's scharf antwortete, er (Camphausen) finde es nicht in der Ordnung, daß man Vergleiche anstelle zwischen Beamten, die so glücklich seien, die Last der Geschäfte abgeschüttelt zu haben, und solchen Beamten, welche in dieser Zeit schwerer Krisis es für ihre Pflicht gehalten hätten, die Last der Geschäfte nicht abzuschütteln. Wenn er (Camphausen) wolle, könne er genau sagen, welche Stellung Herr Delbrück zu dem Regierungsentwurf einnehme, inwiefern er ihn billige und inwiefern nicht, aber er wolle es nicht sagen, weil — es nicht anständig sei, einen nicht Anwesenden in die Debatte zu ziehen. Herr Bamberger schien mit der Camphauser'schen „Expertoration“ (wie er selbst es nannte) nicht sonderlich zufrieden zu sein, und auch Herr Delbrück dürfte die Nase etwas rümpfen.

Nachdem der Redner einer abgelesenen Rede des Uffassers Faunetz (ob sie gegen das Gesetz, war nicht zu ermitteln) und einer abgeknatterten „Causerie“ des faunisch lächelnden Urruh (dem man seine bekannten Sittlichkeitsstudien sehr deutlich anmerkt) von dem unglücklichen Hause bis zur Reize geleert und ein Valentin'scher Schlussantrag von dem Bureau abgewinkt worden war, erhielt Brack das Wort und präzisirte, im Einklang mit dem bekannten Beschluß des Gothaer Congresses, die Stellung der Sozialdemokratie zu der Schutzzoll- und Freihandelsfrage, wobei es nicht ohne Streifzüge auf das Nothstandsgebiet abging.

Nicht in der Zollgesetzgebung, sondern in der heutigen Produktionsweise sei die Grundursache der herrschenden Calamität zu suchen. Das Gleichgewicht zwischen Produktion und Consumption fehle — dadurch würden die Krisen erzeugt. Durch Herabsetzung der Löhne nach dem Camphausen-Achenbach'schen Rezept der darniederliegenden Industrie aufhelfen wollen, heiße

— Richter's Eroberungen. Die zwölfs- bis vierzehnjährigen Jünger einer höheren Mädchenschule in Hagen hatten sich in Folge der Reichstagswahlen in zwei politische Parteien gespalten, und jede hoffte ihren Candidaten durchzubringen. Ein Lehrer wird gefragt, wer von beiden die meisten Chancen habe. Als er seine Meinung ausgesprochen, sieht der eine Haufe den andern aus, worauf die belächelte Parteiführerin ihrer größten Gegnerin jurst: „Ich weiß wohl, weshalb Du für den bist, der ist noch „Junggeselle.“ — Der edle Eugen kann recht stolz auf seine Eroberungen sein; macht er keine in den parlamentarischen Kämpfen, so kann er sich mit den Eroberungen von Daffischen trösten.

— Das Communesgesetz, welches den höchsten Gehalt der Beamten auf 6000 Francs = 4800 Mark jährlich festsetzte, lautet wie folgt:
La Commune de Paris,
Considérant:
Que jusqu'à ce jour les emplois supérieurs des services publics, par les appointements élevés qui leur ont été attribués, ont été recherchés et accordés comme places de faveur;
Considérant:
Que, dans une république réellement démocratique, il ne peut y avoir ni sinécure, ni exagération de traitement;
Décrète:
Article unique. Le maximum de traitement des employés aux divers services communaux est fixé à six mille francs par an.
Hôtel de ville, 2. avril 1871.

La Commune de Paris.
Zu Deutsch:
Die Pariser Commune,
In Betracht:
daß die höheren Staatsämter bisher wegen der damit verbundenen hohen Gehälter nach Gunst erstrebt und vertheilt wurden;
In Betracht:
daß es in einer wahrhaft demokratischen Republik weder Sinécuren noch übertriebene Gehälter geben darf;
Beschieht:
Einsiger Artikel. Das Maximum der Besoldung in den verschiedenen Ämtern der Commune wird auf sechs tausend Francs jährlich festgesetzt.
Stadthaus, den 2. April 1871.
Die Pariser Commune.

das Pferd am Schwanz aufzäumen und verrotte vollkommene Unkenntnis der wirtschaftlichen Faktoren. Je niedriger die Löhne, desto geringer die Kaufkraft des Volks; und je geringer die Kaufkraft, desto schwächer der Absatz und folglich desto schlimmer die Lage der Industrie. Das englische Volk, welches die meisten Bedürfnisse und höchsten Löhne habe, beherrsche den Weltmarkt.

Der Schutzzöllner Kardow, der zum Schluss zur Begründung eines, im Verein mit Löwe und Consorten gestellten Zusatzantrags zur Regierungsvorlage sprach, ließ einigen der Ausführungen Brack's Gerechtigkeit widerfahren, und verzeigte den Herren Freihändlern verschiedentliche wohlgezielte Hiebe. Hierauf lehnte der Reichstag fast einstimmig die Verweisung an eine Commission ab. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Die zweite Lesung des Ausgleichsgesetzes wird wohl Anfangs nächster Woche stattfinden. Die laufende Woche — Mittwoch ist Duhtag, Sitzung fällt aus — wird mit Statberathung ausgefüllt sein, die bis Montag (einschließlich) beendigt sein müssen, da der Etat am 1. Mai (Dienstag) festgestellt sein muß.

Morgen kommt die Zollfrage noch einmal zur Diskussion, anlässlich des Barnbüler schen Antrags: „die Reichsregierung zu eruchen: 1) kommissarisch die Produktions- und Absatzverhältnisse der deutschen Industrie und Landwirtschaft untersuchen zu lassen, 2) vor Beendigung dieser Untersuchung und Feststellung der sich aus derselben ergebenden Resultate, Handelsverträge nicht abzuschließen.“ Die dem Antrag beigegebenen Motive sind sehr reaktionär, gegen den Antrag selbst aber im Grunde nichts einzuwenden.

Da die morgige Tagesordnung eine sehr reichhaltige ist, so sollen zwei Sitzungen gehalten werden. Die Aussicht auf Abend-sitzungen ist den Herren Reichsboten keine angenehme, indeß wenn die Session nicht bis in den Sommer hinein ausgedehnt werden soll, müssen sie in den sauren Apfel beißen.

Correspondenzen.

Paris, 19. April. Während sich die liberalen Republikaner mit den liberalen Monarchisten zanken, haben die Arbeiter Frankreichs in aller Stille den Grundstein zu einem soliden und schönen Bau gelegt. Der Congress der Bädereigenen, der in den letzten drei Tagen in Saale der Rue d'Aras tagte und zu einer dauernden Organisation der Arbeiter dieser Branche geführt hat, ist nämlich nur der erste Schritt auf diesem Wege. Binnen kurzem werden weitere Fachverbände gegründet werden. Damit betritt das französische Proletariat, nachdem es sich durch die, wenn auch besiegte Commune das republikanische Staatsprinzip und das allgemeine Stimmrecht gesichert hat, mit ungebeugtem Muthe die Bahn, auf der ihm die englischen und deutschen Arbeiter vorangegangen sind. Die Verhandlungen und Beschlüsse des Bäder-Congresses erinnern lebhaft an den ersten Congress der deutschen Bädereigenen, der 1868 in Berlin stattfand. Dieselben Beschwerden, dieselben Forderungen, nur detaillirter. Beweis, wie der soziale Kampf seine „Erbinde“ kennt. Mehrere Delegirte zeigten große Redegewandtheit und organisatorisches Talent. Man hatte bisher die Bäder für hinter anderen Gewerben an Intelligenz zurückstehend gehalten, und nun marschiren sie gar an der Spitze. Bemerkenswerth ist die Einstimmigkeit, mit welcher die Gehilfen die Abschaffung der Nachtarbeit fordern. Als die Commune die Nachtarbeit der Bäder untersagte, da behaupteten die Organe der Veriailer, die Bädereigenen protestirten gegen diesen „Willkürakt“. Man sieht es jetzt, wie sie protestiren. Sie wollen zunächst den Versuch machen, durch Selbsthilfe, d. h. Coalition, Verhandlung mit den Meistern, Appell an das konsumirende Publikum und eventuell durch Strikes die Nachtarbeit abzuschaffen. Mögen sie es versuchen! Wenn es ihnen gelingt, um so besser, dann braucht man kein Gesetz zu erlassen. Scheitern ihre Bemühungen aber, wie es wahrscheinlich ist, nun, so werden sie bei ihrem nächsten Congress, der in drei Jahren stattfinden soll, auf unserem deutschen Standpunkte angelangt sein.

Die französischen Arbeiter sagen dies selbst und schämen sich keineswegs, unsere Bewegung oft als ihr Vorbild und Muster hinzustellen. Die deutsche Chauvinistenpresse, z. B. die „Offenbacher Zeitung“, denkt doch gar zu gering vom Verstand der französischen Sozialisten, wenn sie denselben, neben „Bühnweit“, „verbrecherischen Trieben“ und „cerebralen Weisständen“, die aber „durch den Patriotismus geregelt und gemäßig werden“, auch den bornirtesten Nationaldünkel und „bestialischen Haß des Deutschen“ leihet. Das ist zuviel des Guten auf ein Mal. Es würde zu weitläufig sein, alle Unrichtigkeiten, die das genannte Blatt in einem Artikel aufgebäuft hat, einzeln zu widerlegen. Wie wenig unterrichtet der betreffende Artikelschreiber über den von ihm behandelten Gegenstand ist, kann man daraus ersehen, daß er den „Peuple“ (der Offenbacher Gelehrte schreibt „Peuple“) für ein „sozialistisches Volksblatt“ hält. Der „Peuple“ gehört Floquet, einem Freunde Gambetta's, und ist so sozialistisch wie Gambetta. Ob wohl dieses Blatt die Idee hegen kann, die rote Fahne in Paris aufzupflanzen, damit die Barbarei ihr Zerstückungswort werde?

Herr Guyot hat bereits selbst festgestellt, daß er keineswegs auf dem Bankett der unterdrückten „Droits de l'Homme“ die französische Regierung wegen der auch an Deutschland geschickten Einladung zur Weltausstellung getadelt hat. Also dies Hauptargument des ebenso höflichen als kalblütigen Polemikers ist ganz und gar unter den Injucien verschwunden, aus denen es stolz hervorgeragt hatte. Nicht besser verhält es sich mit dem groben Sprachschneiter, denn die Depesche ist gar nicht wörtlich vorgelesen worden. Einer der Redakteure der „Droits de l'Homme“ hatte sich den wesentlichen Inhalt der zu Ehren des mißhandelten Blattes eingelaufenen Begrüßungsdepeschen auf einem großen Bogen notirt und so der Reihe nach der Festversammlung mitgetheilt. Der „grobe Sprachschneiter“ käme also, wenn er existirte, auf Rechnung des französischen Journalisten. Vielleicht ist der Offenbacher Gelehrte, wenn ihm der Schmerz über die Wahlsiege der Sozialdemokraten das deutsche Reich verleidet, erbötig, den Redakteuren der Pariser Presse Unterricht in ihrer Muttersprache zu geben? An der nöthigen — Selbstachtung zu einem solchen Unternehmen scheint es ihm nicht zu fehlen.

Wie die französischen Sozialisten über ihre deutschen Parteigenossen denken, das haben sie bei jeder Gelegenheit gesagt, und ich brauche nur anzuführen, wie sich die „Droits de l'Homme“ am 17. Januar d. J. ausdrückten, als die Nachrichten von unseren großen Wahlsiegen eintrafen:

„Der Moniteur der Zweckmäßigkeitpolitik“, bemerkt das genannte Blatt zu einem süßmährischen Artikel der Gambetta'schen „Republique française“, „ist entsetzt, und mit Recht, über die Fortschritte des überbeinischen Sozialismus auf politischem Gebiete. Dieses Arbeiter da, die sich selbst helfen“ wollen und deren Wahlkampf jedesmal ein Wahlsieg wird, die in sechs Jahren von 60,000 Stimmen auf über eine halbe Million gekommen sind, bilden das gefährlichste Beispiel für die französischen

Arbeiter. Und die Letzteren brauchen nur, befehrt durch die Erfahrung ihrer nordischen Brüder, fahn die Bahn zu betreten, an deren Ende ihre Interessen eine wirkliche, wahre Vertretung finden, was wird dann aus Herrn Gambetta und Consorten, den Politikern von Profession, die alsdann auf die wenig verlockende Rolle eines Generalstabs ohne Armee reduziert sind?

So verachten uns die französischen Sozialisten! In einem andern Artikel, der zwei Tage zuvor in dem gleichen Blatte erschienen war und die Ueberschrift „Eine Lektion“ trägt, heißt es u. A. folgendermaßen (die deutsche „Freiheit“ gestattet leider nicht, den ganzen Artikel abzurufen; wenn ihn aber die „Offenbacher Zeitung“ aufnehmen will, um zu zeigen, wie tief der französische Arbeiter den deutschen haßt und verachtet, so steht er ihr zu Diensten):

„Die Wahlen, die in Deutschland stattgefunden haben, sind geeignet, die französische Demokratie anzuspornen und zu beschämen, die sich um mehrere Längen überholt sieht, wenn nicht von ihren Händnadeln Siegern von vor sechs Jahren, so doch von dem wahrhaften deutschen Volk, das die Moltes, Mantouffels und andere . . . ebenso wenig repräsentieren, als uns die Saint-Arnauds, Vinoy und Canroberts † im Jahre 1852 repräsentierten . . .“

„Als Paris, das Paris vom 18. März, das Paris der sozialen Revolution fiel und die vielfarbige Reaktion, die Erschütterungen durch die Verleumdung ergänzend, ihre Opfer zu schänden suchte, da wagten es Bebel, Liebknecht und ihre Parteigenossen, offen das Pariser Proletariat zu verteidigen. Ihre Stimme erhob sich im Reichstag wie eine herrliche Protestation gegen das Vergehens von Korb, in das ein Jules Favre die kommunalistische Bewegung einzuhüllen versuchte. Im Namen der Arbeiter von jenseits des Rheins sandten sie damals einen sympathischen Gruß an die französischen Arbeiter, die in ihrem Versuch, sich zu emanzipieren, wieder einmal verrathen waren.“

„Und seitdem, ohne sich durch die Orgie der Unterdrückung einschüchtern zu lassen, deren Gegenstand sie selbst seitens der gegen ihr Agitations- und Organisationswerk vereinten Reaktion wurden, und trotz der Beschlagnahme ihrer Blätter, der Auflösung ihrer Vereine, der Verhaftungen und Verurtheilungen, die jeden ihrer Schritte begleiteten, hielten sie die Fahne der sozialen Rückforderung hoch und trugen sie von Stadt zu Stadt, von Werkstätte zu Werkstätte . . .“

So schrieben die „Menschenrechte“ vierzehn Tage vor ihrem Jahresbankett, zu welchem der „Vorwärts“ — mit Erlaubniß der „Offenbacher Zeitung“ — allerdings zu Gaste geladen war, wenigstens in der Person seines Correspondenten. Deutsche waren da friedlich mit Franzosen, Spaniern, Italienern, Russen, Polen u. vereinigt, und wenn der Artikelschreiber der „Offenbacher Zeitung“ wüßte, was wir uns gegenseitig wünschten, so würde er Stoff zu zwanzig „traurigen Altentüden nationaler Verirrung“ haben. Wie tief kann doch der Mensch sinken, wenn sich seine „verbrecherischen Triebe“ geltend machen, zumal in dem „radikalen Meß“, vor welchem sich das kaiserliche Gemüth der Offenbacherin bekreuzigt!

Herr Jules Simon hat offenbar die „Droits de l'Homme“ weniger patriotisch gefunden, als der gelehrte Säbelschneide von Offenbach, und hat ihnen etwas mehr Selbstachtung beibringen wollen, indem er sie mittels irgend eines Testaments unterdrückte. Aber er hat kein Glück damit gehabt. Schon nach wenigen Tagen erschien der „Radical“, von denselben Journalisten redigirt, und da dieses Blatt manchem Sozialisten noch zu sanft vorkam, wurde bald darauf ein noch entschiedeneres, die „Radikale“, gegründet, der morgen schon die „Latene“ auf dem Fuße folgt, ebenfalls „ultraradikal“ und „bestialisch“. Wenn aber die „Offenbacher Zeitung“ meint, damit sei die Serie der „sozialistischen Verirrungen“ erschöpft, so irrt sie bedeutend; es kündigt sich bereit ein kommunistisches Blatt an.

Alle diese Organe des französischen Proletariats aber zeigen — zum Schmerze der „Offenbacher Zeitung“ müssen wir es konstatieren — den gleichen „Mangel an Selbstachtung“, den gleichen „verdünnelten Patriotismus“, die deutschen Sozialisten als Brüder anzusehen, und zwar als ältere Brüder, von denen man etwas lernen kann. Sie sind darin sogar eher zu bescheiden und übersehen, wie viel wir von ihnen zu lernen haben.

Carl Hirsch.

Berlin. Die „Berliner Freie Presse“ bringt über die Ungültigkeitserklärung der Hosenlecker'schen Wahl folgenden schneidenden Bericht: „Ein parlamentarischer Mordanschlag. Es ist schon etwas Gewöhnliches, daß unsere Abgeordneten im Reichstag valentiniert werden, wenn man sie in der maßlosesten Weise verleumdet und beschimpft hat; daß aber ein sozialistisches Mitglied des Reichstags gemeuchelt wurde, ist das jüngste Verdienst der Fortschrittspartei. Man erinnert sich noch des Schreckens, der am Abend des 10. Januar in die Stieber der hiesigen Fortschrittler gefahren war, als es sich herausstellte, daß sie in 2 Berliner Wahlkreisen völlig geschlagen und in 3 anderen nicht im Stande waren, die bis dahin innegehabte Position zu behaupten und man durfte darauf gefaßt sein, daß die fauvere „Ring“-Partei vor keinem Mittel zurückfahren werde, aus dem existirenden Schiffbruche zu retten, was möglich ist. Im 4. Berliner Wahlkreis war die auf den sozialistischen Kandidaten entfallene Majorität eine solche erdrückende, daß sich der Fortschritt heulend und fluchend von dannen trollte, im 6. Wahlkreis dagegen hatte der Sozialist Hosenlecker nur 21 Stimmen über die absolute Majorität erlangt —; da konnte etwas „gemacht“ werden. „Zufälliger Weise“ (man lache nicht!) waren die Stimmlisten von einigen Häusern verheftet worden; die Arbeiter, welche darauf verzeichnet waren, konnten nicht wählen; die Hausbesitzer und sonstigen Satten aber hatten gute Nasen, kamen in Folge dessen gleich dahinter, wo die verhefteten Listen steckten und wählten daher in dem betreffenden Lokale. Solchermaßen waren so und so viele sozialistische Stimmen unterdrückt worden und der Fortschritt war zu seinem „Rechte“ gelangt. Vor der Wahl und am Wahltag selbst sagten die Deutschen darüber keine Silbe, weil ihnen die „Schiebung“ gewiß prächtig in den Kram paßte; nach der Wahl aber — hm! da mußte dieses Vorkommniß den Strohhalme bilden, an den sich der ertrinkende „Fortschritt“ anklammern wollte. Es mußte ein Wahlprotest losgelassen werden. Aber wer sollte denselben unterschreiben? Etwas die in den fraglichen Häusern wohnenden Fortschrittler? Die hatten ja gewählt. Oder die zu Schaden gekommenen Sozialisten? Denen konnte es doch nicht im Schlafe einfallen, gegen eine Wahl zu protestiren, die zum Siege ihrer Partei geführt. Es blieb also nur noch der Schwindel, der gemeinste Bauernfang übrig, also ein Gebiet, auf welchem allerdings der „Fortschritt“ seit jeher sich mit Vorliebe bewegte. Ein Schriftstück wurde von irgend einem „Ring“-Bruder angefertigt und die Hauswirthe gaben sich alle erdenkliche Mühe, Unterschritten für dasselbe zu erschleichen und hatten damit auch einigen Erfolg. Theils unterzeichneten Frauen und Töchter, theils auch Wahlberechtigte selbst, weil man ihnen vorschwindelte,

es handelte sich nur um eine Abmündung der obgedachten Listenverheftung. Endlich wurde nun das Schreiben als „Wahlprotest“ eingereicht und damit ein offenkundiger Betrug verübt, ein Betrug (Erschleichung von Unterschriften unter falschen Vorspiegelungen), der unter anderen Umständen ohne allen Zweifel zur criminalen Verurteilung der Betrüger führen müßte. Hier aber trat dieses nicht nur nicht ein, sondern der Reichstag hat sich nicht geschämt, dem frechen Betrage auch noch einen legalen Stempel aufzudrücken. — Es ist constatirt worden, daß mindestens 21 und höchstens 27 Wähler von der Urne gewiesen wurden, weil in dem betreffenden Wahllokale die Listen, in denen ihre Namen standen, nicht vorhanden waren; es ist aber auch ferner constatirt worden, daß 13 Personen von diesen Zurückgewiesenen im anderen Wahllokale, wo die Listen fälschlich anlagen, thatsächlich abgestimmt hatten, so daß also nur noch 8 bis höchstens 14 Personen übrig blieben, die wirklich um ihr Wahlrecht gekommen sind, (alle diese Leute hatten indeß die Absicht, für Hosenlecker zu stimmen); endlich ist constatirt worden, daß, wenn man auch diese 8—14 Stimmen der Gesamtzahl aller abgegebenen Stimmen hinzurechnet, für Hosenlecker immer noch eine Majorität von 10 eventuell von 7 Stimmen übrig bliebe, und daß mithin dessen Mandat unanfechtbar sei. Der Reichstag aber nahm sich unter dem vergeblichen Widerspruch der Sozialisten, die Irthümlichkeit, auch diejenigen Wahlberechtigten von der mehrerwähnten Liste in Betracht zu ziehen, die notorisch gar nicht wählen wollten. Hätte er diesen unerhörten Kniff nicht in Anwendung gebracht, so wäre es absolut unmöglich gewesen, Hosenlecker's Wahl zu kassiren. Denn der Vorwand, daß die vorgekommene Ungleichheit an sich zur Kassirung des Hosenlecker'schen Mandats hinreiche, nahm sich geradezu lächerlich aus, da die ganze Praxis, welche bisher im Reichstag in solchen Angelegenheiten geübt wurde, darauf hinauslief, vorgekommene Unregelmäßigkeiten nur insoweit in Betracht zu ziehen, als dadurch die absolute Majorität, welche der Gewählte erlangt hatte, alterirt wurde. Aus Alledem ergibt sich, daß Hosenlecker einfach gemeuchelt worden ist. Und der parlamentarische Dolchschick, der gegen ihn geführt wurde, hat natürlich auch seine Wähler getroffen. — Da nun aber Gewalt vor Recht geht, kann man sich mit diesem Brutaltatsakte an sich weiter nicht beschäftigen, zumal damit nur unüberwindliche Zeit verfaumt würde; und Zeit kann und darf jetzt nicht verfaumt werden. Jetzt gilt es einfach, sich zu einer neuen Wahlschlacht zu rüsten. Sind unsere Genossen gehörig auf dem Damme, dann wird es ein Leichtes sein, der Partei des Schwindels eine neue Niederlage zu bereiten.

Bonn. Den 11. ds. Mts. fand hier wiederum eine sehr stark besuchte Versammlung statt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung referirte Herr Fr. Klute und wurde das Thema: „Unsere Schulen und die wahre Volksschule“ in „stündlicher“ trefflicher Rede von demselben erledigt. Nach Beendigung des Referats meldete sich Herr Schuldirector Rudolph zum Wort, um seine Freude über den herrlichen Vortrag, wie er sich ausdrückte, auszusprechen. Er stimmte im Großen und Ganzen mit Klute überein, nur müsse der Religionsunterricht nicht aus der Schule verbannt werden, derselbe sei als Grundlage im Unglück ein schöner Gesangvers Trost und Linderung. Da der Herr sonst ziemlich mit Klute übereinstimmte, und auch erklärte, daß der Staat für Volksschule zu wenig leiste, so wurde demselben auch verdientes Beifall zu Theil.

Hierauf ergriff Herr Schullehrer Bogt das Wort, um zum wiederholten Male, wie in früheren Versammlungen seine Ansichten für Sedansfeier, sowie überhaupt für heilige Kriege zum Besten zu geben. Unter dem Hohngelächter der Versammelten verließ der Herr Lehrer den Saal. Die Replik Klute's war kurz und kräftig, indem er Herrn Bogt bedeutete, daß er immerhin die Schlachtfeste feiern solle, nur möge er die Kinder damit verschonen. Im Uebrigen möge man in der Schule als Patrioten die Gedenktage von Schiller, Goethe, Fichte, Lassalle sowie anderer deutscher Geistesheroen feiern und nicht Tage verherrlichen, die unsägliches Leid und Tod über Tausende und aber Tausende gebracht haben. — Nach Erledigung des ersten Punktes erhielt Herr Schellenberg aus Schmöln das Wort, um über seine Thätigkeit im Altenburger Landtag zu berichten. Unter lebhaftem Beifall legte unser Parteigenosse der Versammlung klar, wie er stets für die Interessen des arbeitenden Volkes eingeetreten, und obgleich als Sozialist allein im Landtag, doch nie einen Fingerbreit vom Prinzip abgewichen. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution, die die Wiederwahl des Herrn Schellenberg empfahl, einstimmig angenommen. Auch diese Versammlung hat besonders viel für die Verbreitung unserer Ideen gewirkt.

An die Parteigenossen der ersten acht sächsischen Wahlkreise.

Die Reichstagswahl ist schon eine geraume Zeit verflossen, und ist seitdem die Agitation wenig betrieben worden, dies hatte aber seinen Grund zumeist darin, daß wir innere Angelegenheiten zu regeln hatten. Weiter fehlte es auch an agitatorischen Kräften, da Kayser gleich nach der Wahl eine achtwöchentliche Gefängnißstrafe antreten mußte. Der Kalamität sind wir jetzt überhoben, weil und mehr Kräfte zur Verfügung stehen und Kayser besonders agitiren wird. Um nun eine planmäßige Agitation zu betreiben, haben wir ein Comité gebildet, welches die Agitation leitet und es sich zur Aufgabe gestellt hat, für die weitestest Verbreitung der Ideen des Sozialismus zu wirken. Es ergeht daher an alle Genossen nach anwärts das Ersuchen, Versammlungen anzuberaumen, und bei Bedarf von Referenten sich mindestens acht Tage zuvor nur an Unterzeichneten wenden zu wollen. Im anderen Falle können wir nicht dafür bürgen, daß allen Aufträgen genügt wird. Dresden, den 23. April.

Mit sozialdemokratischem Gruß
J. A. R. Tröger, Gr. Schießgasse 7/IV.

An die Schuhmachergehilfen Deutschlands.

In der Herz'schen Schuhwaarenfabrik hieselbst sind und vor kurzer Zeit 20—21 Proz. am Lohne gekürzt worden. Als nun gar noch die Arbeitszeit verlängert werden sollte und auch noch ein abermaliger Lohnabzug in Aussicht gestellt wurde, sahen wir uns genöthigt, die Arbeit zu kündigen. Dieses zur Beachtung für die Collegen Deutschlands.

Kronfurt a. M., 19. April.

Sämmtliche Aufzweiger der Herz'schen Schuhwaarenfabrik.

Die Parteiblätter werden um Abdruck der obigen Mittheilung gebeten.

Die Parteigenossen des 23. sächsischen Wahlkreises werden ersucht, in Betreff der Vertretung zum Congreß mit dem Unterzeichneten in Meinungsaustrausch zu treten und namentlich wird gebeten, sich darüber auszulassen, ob eine gemeinsame Vertretung für den ganzen Kreis zweckmäßig sei. Aus sekundären Gründen ist Plauen nicht im Stande, für sich allein einen Vertreter auf den Congreß zu senden. Plauen.

Franz Rudolph, Gartenstraße.

Aufforderung.

Nachfolgende Personen werden hiermit aufgefordert, ihre Angelegenheit mit der Expedition ungesäumt zu ordnen, dasern nicht Vorlage an den Congreß erfolgen soll:

Job. Georg Gath in Reiningen; Carl Salomon für die Parteigenossen in Franreuth; A. Stolle in Göttingen; der Vorstand des Arbeitervereins Neuschönefeld; Chr. F. Künzel in Weida; Sandmann in Dessau; Albrecht in Neuschönefeld; Knobloch daselbst; Baumann, Schneider, jetzt Prediger der apostolischen Gemeinde daselbst; E. Demmler in Geyer; Vorstand des Arbeitervereins Brünn; Adolph Schrodt, Schreiner, in Bayreuth; A. Reichel, Colporteur, in Troppau (Aufenthalt zur Zeit unbekannt); R. Schneeweiß in Uelzen; W. Tausche in Hertenstadt. (Fortf. f.)
Bertramsteute und Agenten werden um Vermittelung gebeten.

n. Berlin, 24. April.

(Nachschrift.) Die geforderten 105 neuen Hauptmannstellen riefen bei Berathung des Militäretats eine längere Debatte hervor, in welcher Graf Roltke, seinem geflügelten Worte getreu, daß wir 50 Jahre gerüstet stehen müssen, um das zu schützen, was wir in einem kurzen Kriege errungen, die Forderung der Regierung warm unterstützte. Er sagte, daß die Zeiten einen längeren Frieden nicht hoffen ließen, jeder Staat müsse alle Kräfte zur Sicherung seiner Existenz anspannen — das leidige Mißtrauen der Regierungen gegen einander bedinge dies; Frankreich stehe gut gerüstet da, man dürfe demselben nicht nachsehen, und den französischen Rüstungen gegenüber Vorkehrungen treffen. Die 105 Hauptmannstellen wurden gegen die Stimmen der Sozialisten, der Demokraten, des Centrums, der Elsäffer, Polen und der Fortschrittspartei angenommen. Näherer Bericht folgt.

Briefkasten

der Redaktion. Herr P. Köhler wird ersucht, Herrn D. Bülter in Heseloh seine Adresse anzugeben. — W. St. in Nürnberg: Ihre Petition ist an den Parteivorstand abgegangen.

der Expedition. Riedel, Halle: Beinahe in jeder Nr. steht an der Spitze der Annoncen die Bekanntmachung, zu welcher Zeit die Annoncen in untern Händen sein müssen, wenn sie für die folgende Nr. Aufnahme finden sollen. Statt Montag Vormittags erhielten wir Ihre Annonce für die Mittwochnummer erst Dienstag, mithin um 24 Stunden zu spät. — Heene Hohlloch: Für die Mittwochnummer zu spät. — Joh. Pfäfer in Joh. Thal: Wenden Sie sich an die Antiquariatsbuchhandlung R. F. Köhler, Poststr. Leipzig. — Stepanoff Brüssel: „Vorwärts“ wird an Bertrand abgehandelt. Gruß. — E. Kamm Wienberg: Senden Sie 1. 15 fr. dir. W. für Abonnement bis Ende Juni a. c.; Nr. 29 folgt.

Quittung. Thman hier Ab. 1.40. Orbanu Vindenu Ab. 37.40, Schr. 6.00. Sängerkor Hannover Ann. 0.30. Schönbach Braunabdra Ab. 2.20. Holzarbeitergewerkschaft hier Ann. 6.00. S. Lüneburg Bern Schr. 17.00. Hr hier Ann. 1.20. Rhar hier Ann. 1.50. Schlag Winterdorf Ab. 2.20. Bch hier Ab. 2.40. R. Wsmr Anna Ab. 17.34. E. Gerlbrgr Nürnberg Ab. 120.00. Kchl Chemnitz Schr. 1.00. Smn Coburg Ab. 4.00. Schr. 5.35. Dr Carlstraße Schr. 1.50. Dr. Hngt Kpbnit Ab. 3.45. In Hohlloch Ann. 0.60. Adgr Halle Ann. 0.50. S. Vgs Hannover Ann. 1.40. Engl Rendnig Ab. 1.40. Krpshar Dortmund Schr. 4.50. Emz Witweida Schr. 8.00. Kn Reutlingen Ab. 15.00.

Fonds für Gemafregelte.

Von Rebnisch Tannenberg 0.40.

Für die gemafregelten Krupp'schen Arbeiter in Offen:

Vom Arbeiters. Blagwitz d. C. 1.40.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonnabend, den 28. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Boge, Mittelstraße Nr. 11:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Meister über das 2. Gebot.

70) (163) Der Vorsitzende.

Halle a. S. Metallarbeiter-Krankenkasse.

Sämmtliche Mitglieder werden dringend ersucht, Sonntag, den 6. Mai, Nachmittags 2 Uhr, zu einer

Vorstands-Wahl

zu erscheinen. (Z. 160) [60]

Karl Rette, Bevollmächtigter.

Halle a. S. Freitag, den 27. April, Abends 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Reinhard, Pastor aus Wörlitz, über die Arbeiterfrage.

Erscheinen Aller nothwendig. Riedel. (Z 166) [50]

Riel. Sonnabend, den 28. April, Abends 8 Uhr, im „Eng-

lischen Garten“:

Öffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Berathung über den diesjährigen Sozialisten-Congreß am 27. Mai in Gotha. [80]

Zahlreiches Erscheinen muß stattfinden. (Z. 182)

Chr. Stard.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Sonnabend, den 28. April, Abends 8 Uhr: Ver-

sammlung. Taubchenweg und kurze Straße Ecke, Restauration von J. Wenzel.

Tagesordnung: 1) Delegirten-Wahl zur Generalversammlung nach Gotha. 2) Berichterstattung der Commission über die neue Statuten-

vorlage. 3. Anträge. Zahlreiches Erscheinen unbedingt nothwendig. R. Ludwig, Bev.

NB. Sonnabend, den 5. Mai: Hauptversammlung. 8 26

der Krankenkassen-Statuten tritt in Kraft. D. D. [50]

Ein Arbeiter findet dauernde Beschäftigung bei

Carl Heene, Schneider in Hasloch (Pfalz).

Parteigenossen sorgt für einen Mitkämpfer. [60]

W. Gerhold.

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complett

ist wieder versandfertig geworden, und wiederholen wir deren Em-

pfehlung als Herde jeder Bibliothek und besonders geeignet zu Best-

geschenken. Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf.

franco nur gegen baar. Für Porto sind 50 Pf. einzufenden.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des

Bestumschlages, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit“.

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar

oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbin-

derei von D. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen.

Bei Parteebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzel-

bestellung Einwendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt“.

Härberstr. 12. 11.

Verantwortlicher Redakteur: W. Hosenlecker in Leipzig.

Redaktion und Expedition Härberstraße 12/11. in Leipzig.

Druck und Verlag des Genossenschaftsdruckereis in Leipzig.